

Textgegenüberstellung	
Geltende Fassung	Vorgeschlagene Fassung
Artikel I (Verfassungsbestimmung)	Artikel I (Verfassungsbestimmung)
<p>(1) Die Erlassung und Aufhebung von Vorschriften, wie sie im <i>Artikel II dieses Bundesgesetzes</i> enthalten sind, sowie <i>die</i> Vollziehung <i>dieser Vorschriften</i> sind bis zum Ablauf des 31. Dezember 2016 auch in den Belangen Bundessache, hinsichtlich derer das B-VG etwas anderes vorsieht. Die in diesen Vorschriften geregelten Angelegenheiten können unmittelbar von Bundesbehörden versehen werden.</p> <p>(2) Dieser Artikel tritt mit 1. Jänner 2007 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2016 außer Kraft.</p> <p>(3) Mit der Vollziehung dieses Artikels ist die Bundesregierung betraut.</p>	<p>(1) Die Erlassung, <i>Änderung</i> und Aufhebung von Vorschriften, wie sie im <i>vorliegenden Bundesgesetz</i> enthalten sind, sowie <i>deren</i> Vollziehung sind bis zum Ablauf des 31. Dezember 2026 auch in den Belangen Bundessache, hinsichtlich derer das B-VG etwas anderes vorsieht. Die in diesen Vorschriften geregelten Angelegenheiten können unmittelbar von Bundesbehörden versehen werden.</p> <p>(2) Dieser Artikel tritt mit 1. Jänner 2017 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2026 außer Kraft.</p> <p>(3) Mit der Vollziehung dieses Artikels ist die Bundesregierung betraut.</p>
Artikel II Warenkatalog	Artikel II Warenkatalog
<p>§ 2. (1) Für folgende Waren - im folgenden Waren genannt - können Lenkungsmaßnahmen ergriffen werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> 1. ... 2. Marktordnungswaren im Sinne des § 95 <i>Marktordnungsgesetzes 1985, BGBL. Nr. 210, in der jeweils geltenden Fassung</i>, sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse und Tiere, die für die Gewinnung von Lebensmitteln geeignet sind, 3. bis 6. ... <p>(2) bis (4) ...</p>	<p>§ 2. (1) Für folgende Waren - im folgenden Waren genannt - können Lenkungsmaßnahmen ergriffen werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> 1. ... 2. Marktordnungswaren im Sinne des § 4 Z 1 <i>Marktordnungsgesetzes 2007, BGBL. I Nr. 55, in der jeweils geltenden Fassung</i>, sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse und Tiere, die für die Gewinnung von Lebensmitteln geeignet sind, 3. bis 6. ... <p>(2) bis (4) ...</p>
Heranziehung der AMA	Heranziehung der AMA
<p>§ 9. (1) und (2) ...</p> <p>(3) Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und - soweit die Agrarmarkt Austria gemäß Abs. 1 herangezogen wird - auch die Agrarmarkt Austria sind ermächtigt, personenbezogene Daten hinsichtlich von Waren, die bei der AMA in</p>	<p>§ 9. (1) und (2) ...</p> <p>(3) Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und - soweit die Agrarmarkt Austria gemäß Abs. 1 herangezogen wird - auch die Agrarmarkt Austria sind ermächtigt, personenbezogene Daten hinsichtlich von Waren, die bei der AMA in</p>

Geltende Fassung

hoheitlicher oder privatwirtschaftlicher Vollziehung über Inhaber von gewerblichen oder land- und forstwirtschaftlichen Betrieben anfallen, zum Zwecke der Durchführung der Lenkungsmaßnahmen oder zur Vorbereitung der Durchführung dieser Maßnahmen im Sinne des *Datenschutzgesetzes*, *BGBL.* Nr. 565/1978, *in der jeweils geltenden Fassung* im Sinne des § 13 zu verwenden.

Kundmachung von Verordnungen

§ 10. Verordnungen nach diesem Bundesgesetz sind im „*Amtsblatt zur Wiener Zeitung*“ kundzumachen und treten mit Beginn des Tages der Kundmachung in Kraft, sofern nicht ein späterer Zeitpunkt für das Inkrafttreten bestimmt wird. Ist eine Kundmachung im „*Amtsblatt zur Wiener Zeitung*“ nicht oder nicht zeitgerecht möglich, ist die Verordnung in anderer geeigneter Weise - insbesondere durch Rundfunk oder sonstige akustische Mittel oder Veröffentlichung in einem oder mehreren periodischen Medienwerken, die Anzeigen veröffentlichen, insbesondere in Tageszeitungen - kundzumachen.

Entschädigung

§ 15. (1) ...

(2) Innerhalb von drei Monaten nach Zustellung des Bescheides nach Abs. 1 kann die Festsetzung einer Entschädigung durch das ordentliche Gericht beantragt werden. Zuständig ist das *Bezirksgericht*, in dessen Sprengel der Antragsteller seinen Wohnsitz, sofern der Antragsteller eine juristische Person oder Personengesellschaft des *Handelsrechtes* ist, diese ihren Sitz hat. Hat der Antragsteller keinen Wohnsitz beziehungsweise Sitz im Inland, so ist das *Bezirksgericht* zuständig, in dessen Sprengel die Maßnahme gesetzt worden ist. Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen über das gerichtliche Verfahren außer Streitsachen, wobei die Bestimmungen des *Eisenbahn-Enteignungsentschädigungsgesetzes*, *BGBL.* Nr. 71, über die gerichtliche Feststellung der Entschädigung sinngemäß anzuwenden sind. Mit dem

Vorgeschlagene Fassung

hoheitlicher oder privatwirtschaftlicher Vollziehung über Inhaber von gewerblichen oder land- und forstwirtschaftlichen Betrieben anfallen, zum Zwecke der Durchführung der Lenkungsmaßnahmen oder zur Vorbereitung der Durchführung dieser Maßnahmen im Sinne des *Datenschutzgesetzes 2000*, *BGBL. I* Nr. 165/1999, *in der jeweils geltenden Fassung* im Sinne des § 13 zu verwenden.

Kundmachung von Verordnungen

§ 10. (1) Verordnungen des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft nach diesem Bundesgesetz sind im Bundesgesetzblatt oder im „*Amtsblatt zur Wiener Zeitung*“ und Verordnungen des Landeshauptmannes nach diesem Bundesgesetz im jeweiligen Landesgesetzblatt oder im „*Amtsblatt zur Wiener Zeitung*“ kundzumachen. Diese Verordnungen treten mit Beginn des Tages der Kundmachung in Kraft, sofern nicht ein späterer Zeitpunkt für das Inkrafttreten bestimmt wird.

(2) Zusätzlich können Verordnungen nach Abs. 1 mittels geeigneter technischer Möglichkeit zur Weitergabe von Informationen – insbesondere im Internet oder durch Rundfunk oder auf geeignete akustische oder visuelle Weise oder in Printmedien – veröffentlicht werden.

(3) Ist eine Kundmachung nach Abs. 1 nicht oder nicht zeitgerecht möglich, sind die Verordnungen auf andere geeignete Weise nach Abs. 2 zu verlautbaren.

Entschädigung

§ 15. (1) ...

(2) Innerhalb von drei Monaten nach Zustellung des Bescheides nach Abs. 1 kann die Festsetzung einer Entschädigung durch das ordentliche Gericht beantragt werden. Zuständig ist das *Landesgericht*, in dessen Sprengel der Antragsteller seinen Wohnsitz, sofern der Antragsteller eine juristische Person oder Personengesellschaft ist, diese ihren Sitz hat. Hat der Antragsteller keinen Wohnsitz beziehungsweise Sitz im Inland, so ist das *Landesgericht* zuständig, in dessen Sprengel die Maßnahme gesetzt worden ist. Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen über das gerichtliche Verfahren außer Streitsachen, wobei die Bestimmungen des *Eisenbahn-Enteignungsentschädigungsgesetzes*, *BGBL.* Nr. 71/1954, *in der jeweils geltenden Fassung*, über die Festsetzung der Entschädigung durch das Gericht sinngemäß anzuwenden sind. Mit dem

Geltende Fassung

Einlangen des Antrages beim *Bezirksgericht* tritt der nach Abs. 1 zweiter Satz erlassene Bescheid außer Kraft. Wird der Antrag zurückgezogen, so tritt der Bescheid wieder im vollen Umfang in Kraft.

Mitglieder

§ 19. (1) ...

(2) Dem Landeslenkungsausschuß haben als Mitglieder jedenfalls anzugehören:

1. je ein Vertreter der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, *für Wirtschaft und Arbeit*, für Inneres und für Landesverteidigung,

2. ...

(3) bis (6) ...

Vorsitz

§ 20. Den Vorsitz im Bundeslenkungsausschuß führt der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und im jeweiligen Landeslenkungsausschuß der zuständige Landeshauptmann. Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft kann sich dabei durch *einen Beamten des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft* und der jeweilige Landeshauptmann durch einen Beamten des Amtes der Landesregierung vertreten lassen.

Inkrafttreten

§ 24. (1) und (2) ...

(3) Dieser Artikel tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2016 außer Kraft.

(4) ...

Vollziehung

§ 25. Mit der Vollziehung dieses Artikels sind betraut:

1. hinsichtlich Lenkungsmaßnahmen für Düngemittel und Pflanzenschutzmittel und hinsichtlich der Vollziehung des § 3 Abs. 1 Z 3 der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft im Einvernehmen mit dem *Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit*,
2. hinsichtlich Lenkungsmaßnahmen für die in § 2 Abs. 1 Z 1 genannten

Vorgeschlagene Fassung

Einlangen des Antrages beim *Landesgericht* tritt der nach Abs. 1 zweiter Satz erlassene Bescheid außer Kraft. Wird der Antrag zurückgezogen, so tritt der Bescheid wieder im vollen Umfang in Kraft.

Mitglieder

§ 19. (1) ...

(2) Dem Landeslenkungsausschuß haben als Mitglieder jedenfalls anzugehören:

1. je ein Vertreter der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, *für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft*, für Inneres und für Landesverteidigung,

2. ...

(3) bis (6) ...

Vorsitz

§ 20. Den Vorsitz im Bundeslenkungsausschuß führt der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und im jeweiligen Landeslenkungsausschuß der zuständige Landeshauptmann. Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft kann sich dabei durch *einen Beamten des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft* und der jeweilige Landeshauptmann durch einen Beamten des Amtes der Landesregierung vertreten lassen.

Inkrafttreten

§ 24. (1) und (2) ...

(3) Dieser Artikel tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2026 außer Kraft.

(4) ...

Vollziehung

§ 25. Mit der Vollziehung dieses Artikels sind betraut:

1. hinsichtlich Lenkungsmaßnahmen für Düngemittel und Pflanzenschutzmittel und hinsichtlich der Vollziehung des § 3 Abs. 1 Z 3 der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft im Einvernehmen mit dem *Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft*,
2. hinsichtlich Lenkungsmaßnahmen für die in § 2 Abs. 1 Z 1 genannten

Geltende Fassung

Waren der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft im Einvernehmen mit dem *Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen*,

3. bis 6. ...
7. hinsichtlich des § 19 Abs. 2 Z 1 nach Maßgabe ihrer Zuständigkeit die Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, *für Wirtschaft und Arbeit*, für Inneres und für Landesverteidigung,
8. und 9. ...

Vorgeschlagene Fassung

Waren der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft im Einvernehmen mit dem *Bundesminister für Gesundheit*,

3. bis 6. ...
7. hinsichtlich des § 19 Abs. 2 Z 1 nach Maßgabe ihrer Zuständigkeit die Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, *für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft*, für Inneres und für Landesverteidigung,
8. und 9. ...